



STRATEG Brief Nr. 5: **Die arabischen Revolutionen zwischen hohen Erwartungen und unsicherem Ausgang**

Viele Fragezeichen hängen über den Folgen der arabischen Revolutionen, die seit Jahresbeginn den gesamten Raum von Marokko bis in den Jemen erfasst haben. Die Sorge der jungen säkularen Revolutionäre, dass ihre Rebellion von den Islamisten oder den militärischen Interimsregierungen veruntreut werden könnte, führt in Kairo und Tunis regelmäßig zu neuen Aufmärschen. Die wirtschaftliche Not wächst, denn der wichtige Devisenträger Tourismus fällt weitgehend aus. Investoren ziehen sich zurück. Zugleich muss ein Land wie Ägypten 80% seiner Grundnahrungsmittel importieren. Die hohen Weltmarktpreise belasten die Budgets, die Brot und Treibstoff subventionieren. Die Probleme in der EU und den USA könnten die finanziellen Zuwendungen stark reduzieren. Fest steht: Die arabische Welt ist aus ihrem politischen Koma erwacht. Dies hat geopolitische Folgen, da mit einigen Neuordnungen zu rechnen ist. Auch Grenzverschiebungen sind nicht auszuschließen.

Ägypten, Tunesien : Justiz arbeitet, Wahlen in Planung

Beeindruckend rasch hat die ägyptische Staatsanwaltschaft viele Vertreter des *ancien régime* verhaften lassen, vom ehemaligen Staatspräsidenten incl. Familie bis hin zu Unternehmern und Polizeikommandanten. Auf der Facebook Seite der ägyptischen Justiz finden sich auch Haftbefehle für ausländische Geschäftsleute, die in Korruptionsfälle verwickelt sind.

Das ägyptische Militär führt *ad interim* die Regierungsgeschäfte bis zu den Wahlen, die auf Ende Oktober verlegt wurden. Ähnlich gestaltet sich die Lage in Tunesien. In beiden Staaten ist die stark fragmentierte Opposition weiterhin ohne klare Führung. Allein in Tunesien wollen 70 Parteien kandidieren. Verfassungsentwürfe sind in Schwebelage, da noch nicht entschieden ist, ob zuerst eine neue Nationalversammlung gewählt oder doch zuvor die Verfassungen novelliert werden sollen.

Eine der Unsicherheiten ist, welchen Stellenwert die Islamisten einnehmen werden. Die Muslimbrüder waren zwar de jure verboten, de facto dominieren sie aber bereits seit Jahrzehnten als „Unabhängige“ viele Berufsvertretungen. Sie verfügen über soziale Vorfeldorganisationen, die beim Mobilisieren von Wählerstimmen helfen. Auch wenn sie die Revolutionen nicht lostraten, so sprangen sie doch bald auf den fahrenden Zug auf. Es zeigte sich aber auch, dass es innerhalb der islamistischen Bewegungen Differenzen gibt: Muslimbrüder spalten sich. Die Salafisten, von Saudi-Arabien mit Geld und Logistik unterstützt, um eine orthodox islamische Gesellschaftsordnung zu erzwingen, werden im Gazastreifen durch die Hamas als extremistische Rivalen bekämpft. In Ägypten werden drei salafistische Parteien bei den Wahlen antreten.

Ungelöst sind zudem die sozialen Probleme wie Wohnraum, Mindestlohn und die enorme Jugendarbeitslosigkeit. Eben diese Themen, die auch in den Forderungen nach Würde und Gerechtigkeit laut wurden, sind indes von Nordafrika nach Spanien übergeschwappt.

Erschwert wird die Situation durch die großen Flüchtlingsströme aus dem Kriegsgebiet Libyen.

Eine Verlängerung der militärischen Interimsregierungen über den Herbst hinaus könnte sich ergeben, wenn die Wahlen verschoben werden oder es zu keinen klaren Regierungsbündnissen kommen sollte.

Libyen: Umsturz nach langem Patt

Am 22.08.2011 stießen die von der NATO unterstützten Rebellen in das Zentrum von Tripolis vor. Viele der Ghaddafi Loyalisten ergaben sich unerwartet rasch, der Diktator ist untergetaucht. Am 19.3.2011 hatten Frankreich und Großbritannien mit beschränkter Teilnahme der USA die militärische Umsetzung der UN-Sicherheitsrat-Resolution 1973 (2011) gestartet. Das Mandat, eine humanitäre Schutzzone im Osten von Libyen zu schaffen, wurde bald überschritten. Die unklar formierten Rebellen, die sich aus Überläufern des Regime (so der ehem. Justizminister Jibril), sowie Stammeskämpfern, Freiwilligen und wohl auch Veteranen aus dem Irak zusammensetzen, verstehen sich als libysche Übergangsregierung. Frankreich machte den Anfang in der politischen Anerkennung und versorgte diese Verbände zudem mit Waffen und Geld, deren finale Verwendung offen bleibt. Dutzende westliche Staaten, darunter Österreich, sind indes dem Beispiel der politischen Anerkennung gefolgt. Die Rebellen einte bisher das Ziel des Regimewechsels. Nun ist jedoch innerhalb dieser äußerst



heterogenen Gruppe eine Einigung über eine Neuordnung zu erzielen. Möglich ist, dass jene Staaten, die sich an der Intervention beteiligten, nun die besseren Karten bei der Neuverhandlung von Erdöllieferverträgen haben. Einige der seit 2004 abgeschlossenen „Production Sharing Agreements“ liefen auf Knebelverträge für die Investoren hinaus. Die libyschen Energielieferungen sind für Europa, u.a. für Italien und Österreich, bedeutend.

Syrien: Bürgerkrieg immer wahrscheinlicher

Bashar al Assad kopiert gegenwärtig seinen Vater Assad, der in jeder Opposition eine ausländische Verschwörung vermutete und ihm unliebsame Gegner auch unter Einsatz militärischer Mittel beseitigte, wie dies das Massaker von Hama im Jahr 1982 drastisch zeigte. Waren es damals vor allem sunnitische Muslimbrüder, die das alawatische Regime stürzen wollten, so setzt sich die heutige Opposition aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen, auch wenn die Mittelschicht in Damaskus und Aleppo zögert und die Minderheiten im Falle eines Sturzes der Regierung einen Aufstieg der Islamisten fürchten. Die Alawiten stellen ca. 15% der Bevölkerung und kontrollieren den Sicherheitsapparat. Während sunnitische Soldaten desertieren, setzen die alawatischen Offiziere die Befehle um, auf die eigene Bevölkerung zu schießen. Weder der Westen noch die arabischen Staaten schreiten hinreichend energisch ein. Auch die Türkei, die eine Verschärfung ihrer Kurdenproblematik und große Flüchtlingsströme fürchtet, verfügt offenbar über keinen Einfluss auf Damaskus. Das ehrgeizige Ziel Ankaras, Probleme in den Beziehungen zu allen Nachbarn zu vermeiden („Null-Probleme-Nachbarschaftspolitik“), ist damit nicht zuletzt auch wegen des Aufflammens von Kurdenkämpfen vorerst gescheitert. Die Angst vor einer Irakisierung Syriens ist groß. Ein Bürgerkrieg, der sich mit Allianzen im Libanon und im Irak verkomplizieren würde, wird immer wahrscheinlicher.

Jemen, Bahrain und die anderen Golfstaaten

Saudi-Arabien ist tief verunsichert und versucht ein Überschwappen der Aufstände durch populistische Maßnahmen zu verhindern. Gehälter wurden erhöht, sämtliche Moscheen renoviert, die Freitagsmärsche im März jedoch unterdrückt. Bei weiter fallendem Ölpreis wird sich dieser Kurs nicht lange finanzieren lassen. Die Rekrutierung pakistanischer Söldner ist massiv angestiegen. In Bahrain wurde die schiitische Opposition brutal von saudisch geführten Söldnern niedergeschlagen. Der Golfkooperationsrat scheint sich immer mehr als konservative sunnitische Achse zu verstehen, die jegliche Rebellion unterbinden will. Die Entwicklungen im Jemen könnten aber direkte Folgen für die Saud haben, weil die Stämme der Arabischen Halbinsel, des Hedschas, ihre Loyalitäten wechseln könnten.

Bei den in Gang befindlichen Unruhen handelt es sich nicht um bloße Brotrevolten. Der soziale Friede wird sich daher kaum mit Geld erkaufen lassen. Politische Reformen werden eingefordert, weitere Regime könnten noch fallen. Die omnipräsente Korruption bietet genug Angriffsfläche. Zornige junge arbeitslose Männer sind auch im Golf zahlreich.

Folgen für Europa

Die Handlungsmöglichkeiten der europäischen Staaten wie auch der EU sind aufgrund der Schwierigkeiten einer gemeinsamen Willensbildung, aber auch der beschränkten Ressourcen eingeschränkt. Europa wird mit den Folgen einer sich verstärkenden Migration und einer eher zunehmenden Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem arabischen Raum leben müssen. Die Schaffung einer „relativen“ Stabilität in diesem Raum wird daher unbeschadet der Notwendigkeit umfassender Änderungen vorrangiges politisches Ziel der europäischen Staaten sein müssen.

Für **Österreich** im Besonderen: Eine österreichische Teilnahme an der UNIFIL Mission im Libanon, wie sie von der Autorin im Strateg Brief 1 im Sommer 2010 angesprochen wurde, ist nun in Vorbereitung. Eine solche Mission wird vor dem Hintergrund der veränderten Verhältnisse in Syrien mit neuen Herausforderungen konfrontiert sein, die den Einsatz komplexer werden lassen, als dies 2010 vorhersehbar war.

Verfasserin: Dr. Karin Kneissl, August 2011